

Reformbedarf bei Kaliforniens Initiativrecht

Kritische Bilanz von Fachleuten ein Jahrhundert nach der Einführung direktdemokratischer Instrumente

Vor 100 Jahren nahm Kalifornien, angeregt vom Schweizer Modell, das Referendums- und Initiativrecht in seine Verfassung auf. Heute gilt das kalifornische System als reformbedürftig.

Bettina Ambühl, Palo Alto

Kalifornien ist einer der wenigen Staaten der USA, welche die Instrumente der direkten Demokratie, Initiative und Referendum, kennen. Diese waren 1911 eingeführt worden, um der Bevölkerung eine stärkere Stimme zu verleihen. Heute stehen sie allerdings im Ruf, Machtmittel der Reichen zu sein. Zudem haben sie die kalifornische Verfassung in ein Wirrsal von inflexiblen und zum Teil widersprüchlichen Paragrafen verwandelt. Es verwundert daher nicht, dass kalifornische Experten mit gemischten Gefühlen das 100-Jahr-Jubiläum begehen. Sie nahmen es zum Anlass, sich an einem Symposium in San Francisco kritisch mit dem gegenwärtigen System auseinanderzusetzen.

Niedriger Wissensstand

Jim Fishkin, Leiter der Abteilung für Kommunikationswissenschaften an der Universität Stanford, fokussiert seine Kritik auf einen Punkt: Die Bevölkerung sei ungenügend informiert. Dies gelte sowohl für diejenigen, die einen Initiativbogen unterschrieben, als auch für all jene, die an der Urne darüber entschieden. Ein Grund dafür sieht der Politologe in der verbreiteten Meinung der Kalifornier, sie könnten doch nichts bewirken. Aus dieser Sicht lohne es sich gar nicht, sich den Kopf über politische Themen zu zerbrechen. Wer abstimmen gehe, werde auch zu jenen Initiativen Ja oder Nein sagen, über die er kaum oder

gar nicht informiert sei. Zudem sind laut Fishkin die Quellen, die die Wähler heranziehen, extrem selektiv. Sie bestünden meist allein aus der Propaganda des Initiativkomitees.

Laut Umfragen will die Mehrheit der Kalifornier die Politiker in der Hauptstadt Sacramento möglichst stark einschränken. Deren Arbeit wird in erster Linie als Verschwendung von Steuergeldern eingeschätzt. Unmittelbare Folgen dieser Einstellung sind ein kleines Parlament im Verhältnis zur Bevölkerung und kurz gehaltene Amtszeiten: Derzeit vertritt ein Senator in Kalifornien knapp eine Million Menschen, während auf jeden Vertreter in der Staatsversammlung, der grossen Kammer der kalifornischen Legislative, eine halbe Million Menschen kommt. Die Amtszeit beträgt zwei Jahre in der Staatsversammlung und vier im Senat.

Die äusserst kritische Haltung gegenüber der Legislative ist nicht neu. Sie hat bereits vor hundert Jahren dazu beigetragen, dass der Initiativprozess anders als in der Schweiz nicht auf eine Kooperation zwischen Initianten und Behörden ausgerichtet ist, sondern der Bevölkerung als Mittel dient, die Regierung ganz zu umgehen. Eine Bestimmung, die durch eine Initiative eingeführt worden ist, wird mit dem Wortlaut des Initiativtextes in die Verfassung aufgenommen und darf von der Legislative in keiner Weise verändert werden, es sei denn, dies sei von der Initiative selbst vorgesehen. Auch die Möglichkeit eines Gegenvorschlags gibt es in Kalifornien nicht. Diese in einem schlechten Vertrauensverhältnis gründende Inflexibilität sieht Mark Paul, ein Journalist und Autor, als ernststen Schwachpunkt in der kalifornischen Politik.

Fishkin hat kürzlich ein Experiment durchgeführt, um zu erfahren, wie sich die Meinung der Wähler verändert, wenn sie die Möglichkeit erhalten, sich

über politische Themen zu informieren und darüber zu diskutieren. Zu diesem Zweck wurden zufällig ausgewählte Bürger zusammengebracht und ihre Meinung vor und nach intensiven Diskussionen zu verschiedenen Themen festgehalten. Während die meisten Teilnehmer die Politiker zunächst negativ bewertet hatten und daher auch möglichst wenig Steuergelder für deren Arbeit aufwenden wollten, sprach sich nach dem Anlass eine grosse Mehrheit der Beteiligten dafür aus, die Legislative zu vergrössern und die Amtszeiten der Repräsentanten zu verlängern.

Einfluss des Geldes

Geht man davon aus, dass sich ein Volksentscheid gut demokratisch aus Diskussionen und einer Abstimmung herauskristallisiert, ist einem eingeschränkten Handlungsspielraum der Legislative nichts entgegenzusetzen. Da Abstimmungskämpfe in Kalifornien aber extrem kostspielig geworden sind und oft nur noch von reichen Firmen oder Personen erfolgreich geführt werden können, dient das Mittel der Initiative laut den Kritikern hauptsächlich einer auserwählten Bevölkerungsschicht und ihren Partikulärinteressen. Fragwürdig ist schon die Art, wie die Unterschriften gesammelt werden. Angestellte spezialisierter Firmen drängen Passanten in Einkaufszentren dazu, schön klingende Initiativen zu unterschreiben, und werden dafür pro Unterschrift entlohnt. Meist wird dabei nicht einmal die Organisation offengelegt, die hinter dem Vorhaben steckt.

An dem Symposium in San Francisco schienen sich alle Teilnehmer einig, dass die Wähler im Normalfall schlecht informiert sind und entsprechend willkürlich entscheiden. Doch wie bringt man die Bürger dazu, sich für die politischen Themen stärker zu interessieren und

sich zu informieren, bevor sie unterschreiben oder abstimmen? Fishkin ist davon überzeugt, dass die Bereitschaft zur intensiven Beschäftigung mit politischen Fragen besteht, wenn die Betroffenen das Gefühl haben, etwas bewirken zu können. Dies bestätigt auch Brian Sullivan von der Organisation Civic Evolution. Mit dem Ziel, die Demokratie von unten her zu beleben, hat er in Australien mit Bürgerversammlungen experimentiert und immer wieder erfahren, wie motiviert die Teilnehmer solcher Anlässe sind.

Wie kann aber ein Modell, das auf einzelnen Diskussionsrunden beruht, auf einen so bevölkerungsreichen Staat wie Kalifornien übertragen werden? Sullivan glaubt, soziale Netzwerke im Internet könnten diesen Schritt leisten. Eine Bedingung sei jedoch, dass auch im Internet nicht anonym diskutiert werde, sondern wie auf Facebook mit dem Wissen darum, dass es reale Menschen mit realen Meinungen sind, mit denen man sich austauscht.

Auch andere Teilnehmer des Symposiums erhoffen sich aus neuen technologischen Möglichkeiten Lösungen für eine «demokratischere Demokratie» in Kalifornien. Das Unternehmen Verafirma hat eine Anwendung entwickelt, mit der auf dem iPhone rechtskräftig unterschrieben werden kann. Ziel ist es, damit das Unterschreiben von Initiativen einfacher zu machen und gleichzeitig von den professionellen Unterschriftensammlern und ihren Strategien zu lösen. Wer sich zu Hause am Computer über laufende Initiativen informieren und diese dort unterschreiben könne, werde dies überlegter tun, als wer mit vollen Einkaufstaschen beladen dazu gedrängt werde, sagt Michael Marubio, Mitbegründer von Verafirma. Die Zulassung dieser Form der Unterschriftensammlung ist rechtlich allerdings noch umstritten.

Steuerforderung an Ai Weiwei

Peking setzt kurze Zahlungsfrist

Markus Ackeret, Peking · Der chinesische Künstler und Freidenker Ai Weiwei, der im vergangenen April auf dem Flughafen Peking festgenommen und erst nach 81 Tagen illegaler Haft an unbekanntem Ort gegen eine Reihe von Auflagen freigelassen worden war, hat am Dienstag eine Steuerforderung in Millionenhöhe erhalten.

Viel Ungereimtes

Wie Ai Weiwei gegenüber Nachrichtenagenturen sagte, teilten ihm die Peking-Steuerbehörden mit, als «eigentlicher Kontrollierender» des Unternehmens Beijing Fake Cultural Development Ltd., über die er seine Kunstgeschäfte und Produktionen abgewickelt hatte, müsse er innerhalb von 15 Tagen 15 Millionen Yuan (2,1 Millionen Franken) an Steuernachforderungen und Strafzahlungen abliefern. Andernfalls werde die Polizei sich wieder direkt einschalten, was zu einer neuerlichen Festnahme und einem Verfahren führen dürfte.

Ai bestreitet allerdings nicht nur die Richtigkeit der Forderungen, die nicht belegt sind, sondern verweist auch darauf, dass das Unternehmen, für das er zur Rechenschaft gezogen werden soll, nicht auf ihn, sondern auf seine Ehefrau registriert ist. Nach Ais Verschwinden waren seine engsten Mitarbeiter festgenommen und die Steuerunterlagen des Unternehmens beschlagnahmt worden. Dadurch war es später gar nicht richtig möglich, gegen eine bereits früher eingetroffene Steuerrechnung von 12 Millionen Yuan (1,7 Millionen Franken) zu rekurrieren. Ai wollte sich zunächst mit Anwälten über das weitere Vorgehen beraten.

Ablenkungsmanöver

Die Steuerforderung an den Querdenker, der durch offene Worte an die Adresse der Machthaber und durch unliebsame Kampagnen ebenso wie durch seine Ausstellungen in Westeuropa bekannt geworden war, entspricht den kurz nach der Festnahme geäusserten Vorwürfen. Diese wurden allerdings nicht belegt, und während der fast dreimonatigen Einzelhaft an unbekanntem Ort ohne Rechtsgrundlage hatten diese keine Rolle gespielt. Angesichts von Ais Ansehen im Ausland erlaubt es der Vorwurf der Wirtschaftskriminalität den chinesischen Behörden, das Verfahren gegen Ai zu rechtfertigen.

Weil dieses aber unter derart dubiosen Umständen geführt wird und der politische Hintergrund so offensichtlich ist, fällt erst recht ein äusserst schiefes Licht auf den chinesischen Staat. Angebliche Steuervergehen sind nicht nur in China, sondern auch in anderen repressiven Ländern ein beliebtes Mittel, um Andersdenkende auf vermeintlich unpolitischer Grundlage mundtot zu machen.

Härtere Zeiten für Kleptokraten in den USA

Programm des Justizdepartements gegen korrupte Potentaten zeitigt erste Erfolge

Korrupte Potentaten aus aller Welt sollen in den USA keinen sicheren Hafen mehr finden. Ein Programm des Justizdepartements zielt auf ihre Vermögen. Die Erfolge sind bis jetzt bescheiden, aber symbolträchtig.

win. Washington · Teodoro Nguema Obiang Mangué kann Wunder vollbringen. Mit einem Jahreslöhrl von umgerechnet nicht einmal 100 000 Dollar als Forst- und Landwirtschaftsminister schaffte er sich über die letzten zehn Jahre zwei Villen an der kalifornischen Pazifikküste an und dazu die passenden Fahrzeuge: 2 Bentley, 8 Ferrari, 7 Rolls-Royce, 4 Mercedes, 2 Lamborghini sowie je einen Porsche, Aston Martin und Maserati. Auch zu Wasser und in der Luft war Nguema mobil, mit zwei Rennbooten und einem Gulfstream-Jet. Die Innendekoration seines Anwesens in Malibu ergänzte er für knapp 2 Millionen Dollar mit Sammlerobjekten aus dem Nachlass von Michael Jackson. Über 70 Millionen Dollar waren alleine diese Schnäppchen wert.

Im Visier des Staats

Doch nun droht Teodoro Nguema Obiang Mangué Ungemach. Denn Wunder hat er natürlich keine vollbracht, er ist ganz einfach der Sohn von Teodoro Obiang Nguema Mbasogo, seinerseits seit über 30 Jahren Alleinherrscher der kleinen, aber ölreichen Republik Äquatorialguinea – und derzeit Vorsitzender der Afrikanischen Union. Der Sohn ist ins Visier eines Programms des amerikanischen Justizdepartements geraten, das es korrupten Regierungsmitgliedern aus aller Welt etwas schwerer machen will, ihre zusammengegrafften Reichtümer in den USA ins Trockene zu

bringen. «Kleptocracy Asset Recovery Initiative» nennt sich das Programm, das Anfang dieses Jahres operationell wurde und gegenwärtig rund 80 Fälle untersucht. Ziel ist es, gestohlene Gelder der Bevölkerung der Heimatländer zukommen zu lassen. Allein das erscheint als knifflige Aufgabe, von den rechtlichen Hürden, die für die Beschlagnahme zu überwinden sind, gar nicht zu reden. Solange Nguemas Vater in Äquatorialguinea an der Macht ist, erklärten Verantwortliche des Programms gegenüber amerikanischen Medien, sei an eine Rückgabe des Geldes nicht zu denken.

Modellfall «Mercator»

Als mögliches Modell, wie eine Rückführung beschlagnahmter Vermögenswerte unter Umgehung von Regierungen stattfinden könnte, wird von Beamten des Programms ein Abkommen zwischen den USA, Kasachstan und der Schweiz genannt. Im Nachgang zu einem Korruptionsfall um den amerikanischen Geschäftsmann James Giffen und dessen Firma Mercator vertrauten die drei Staaten über 80 Millionen Dollar Schwarzgeld, das auf einem Schweizer Bankkonto sichergestellt worden war, einer neu gegründeten Stiftung an. Unter Aufsicht von spezialisierten Hilfsorganisationen und der Weltbank investiert die Stiftung Bota das Geld nun in Erziehungsprojekte für Kinder in den ärmsten Regionen Kasachstans.

In einem anderen Fall teilten sich Panama und die USA rund 40 Millionen Dollar, die aus dem Drogenhandel stammten und in den Vereinigten Staaten in Form von Gold, Silber und Juwelen «gewaschen» worden waren. Panama verpflichtete sich, mit «seiner» Hälfte seinen Justizapparat effizienter zu machen. Formal besteht für die amerikanische Regierung kein Zwang,

die gestohlenen Vermögenswerte zu repatriieren. Wenn ihre Beschlagnahme gerichtlich gutgeheissen wird, gehören sie dem Staat.

Heikle Implikationen

Von den weiteren Untersuchungen gegen ausländische Kleptokraten sind nur in einem Fall Details bekannt – die Abklärungen werden so lange wie möglich geheim gehalten, um Verdächtigen keine Möglichkeit zu geben, ihre Besitztümer rechtzeitig abzustossen. Der Fall betrifft einen ehemaligen Gouverneur des nigerianischen Gliedstaats Bayelsa im ölreichen Nigerdelta. Im Vergleich zur «Deliktsumme Nguema» nimmt sich der Fall allerdings bescheiden aus. Es geht um nicht einmal 1,5 Millionen Dollar. Laut dem Assistenz-Justizminister Lanny Brewer, der den Fall im Frühling öffentlich machte, diene dieser vor allem als Testlauf. Der betroffene Politiker hatte sich nämlich längst aus den USA abgesetzt und konnte nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden. Stattdessen zielte die Zivilklage des Justizdepartements auf die gestohlenen Vermögenswerte.

Obwohl sie die Stossrichtung des neuen Kleptokraten-Programms loben, kritisieren amerikanische Anti-Korruptions-Organisationen die lange Dauer der Ermittlungen. Oft stossen diese zudem bei den Behörden des Heimatstaats auf eine Mauer des Schweigens. Manche der Organisationen würden gerne enger mit den Behörden zusammenarbeiten, mit einem gegenseitigen Informationsaustausch. Doch das Justizdepartement hat dafür kein Gehör: Die aussenpolitischen Implikationen sind zu heikel und die Risiken diplomatischer Verstimmungen zu hoch, als dass man heikle Daten über Angehörige von – zum Teil ja durchaus «befreundeten» – Regimen herausgeben wollte.

Kirgistans Präsident gegen Basis der USA

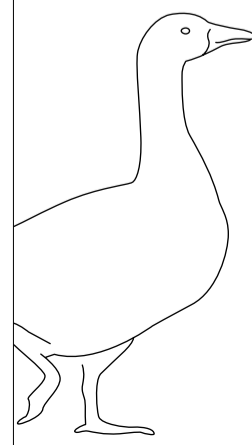
Vertrag soll nicht erneuert werden

(Reuters) · Der neugewählte kirgisische Präsident Almasbek Atambajew hat die Schliessung des amerikanischen Luftwaffenstützpunktes Manas in dem zentralasiatischen Land angekündigt. Kirgistan werde das 2014 auslaufende Abkommen über den Stützpunkt nicht verlängern, sagte Atambajew am Dienstag. Die USA nutzen Manas zur Versorgung ihrer Einheiten in Afghanistan. Ende 2014 sollen von dort alle Nato-Kampftruppen abgezogen sein. Die in Nachbarschaft zum grössten internationalen Flughafen Kirgistans gelegene Basis erhöhe die Sicherheit des Landes nicht, sagte Atambajew. Der Stützpunkt solle künftig zivil genutzt werden.

ANZEIGE

Albin Kistler

Regelmässige Unternehmensbesuche und -kontakte gehören zu den unentbehrlichen Werkzeugen unserer Analysten.



Erstklassige Vermögensverwaltung
www.albinkistler.ch